

Stadt Stolberg (Rhld.)

Niederschrift

über die Sitzung des **Hauptausschusses**
Sitzungskennziffer: **XV / 63**
Tag der Sitzung: **Dienstag, 17.03.2008**

Sitzung Rathaus, Ratssaal

Dauer der Sitzung: 17:00 Uhr bis 18.30 Uhr
Unterbrechungen: keine
Anwesende: sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz: Bürgermeister Ferdi Gatzweiler
Schriftführerin: Edith Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Gatzweiler stellt fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Bürgermeister Gatzweiler stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Gatzweiler bittet, die Tagesordnung um folgende Punkte zu erweitern:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:

- e) **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 16.02.2009;**
hier: Ermittlung fördergünstiger Möglichkeiten für dringende energetische Sanierungen an stadteigenen Gebäuden

B) Nichtöffentliche Sitzung:

5. Verkauf eines Baugrundstückes Beethovenstraße

Der bisherige TOP B) 5. wird nunmehr

B) 6. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

Weitere Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der ABS-Fraktion vom 22.01.2009;
hier: Ansiedlung Freiluft-, Jugend- und Seniorenfitnessparcours, Skaterrampe und Kunstrasenbolzplatz für Senioren im Bereich Hallenbad Glashütter Weiher
 - b) Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009;
hier: Überprüfung Parksituation "Im Hirschfeld" mit dem Ziel, weitere Parkplätze zu schaffen
 - c) Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009;
hier: Zukünftige Stadtentwicklung in Wohnvierteln, in denen durch Wegzug vermehrt Senioren zurückbleiben
 - d) Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009;
hier: Anbringung Treppengeländer Treppenanlage zwischen Katzhecke und Mühlenstraße
 - e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 16.02.2009;
hier: Ermittlung fördergünstiger Möglichkeiten für dringende energetische Sanierungen an stadteigenen Gebäuden
2. Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen:
 - a) Antrag der FDP-Fraktion vom 09.02.2009;
hier: Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss
 - b) Rücktritt von Ausschussmitglied Drobig;
hier: Umbesetzung im Ausländerbeirat
3. Ergänzung der Satzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich "Am Brändchen";
hier: Aufstellungsbeschluss
4. Projektgesellschaft Camp Astrid;
hier: Jahresabschlüsse zum 31.12.2007
5. Mittelbereitstellung für die energetische Sanierung der Offenen Ganztagsgrundschule Breinig

6. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW;
hier: Übernahme des Trägeranteils der Elterninitiative ZauberKiste, Zweifaller Straße
7. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW;
hier: Fortsetzung des Betriebes einer 4. Gruppe in der Kindertagesstätte der Kath. Kirchengemeinde St. Markus in Stolberg-Mausbach
8. Bereitstellung zusätzl. Haushaltsmittel in Höhe von 20.400,00 € zur Bestreitung der im Jahr 2009 stattfindenden Wahlen bei Produkt 1.12.01.01 "Statistik und Wahlen", Sachkonto 54 311 20 "Sonstige Geschäftsausgaben"
9. Bauliche Umgestaltung und Einrichtung einer Koordinationsstelle "Rund ums Alter"
10. Investitionsantrag der Senioren- und Sozialzentrums GmbH
11. Änderung des Stellenplanes 2009: Stellenneueinrichtungen im Bereich der Kindertagesstätten;
hier: Dringliche Entscheidung gem. § 60 I 1 GO NRW
12. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung

1. Verkauf eines Baugrundstückes Beethovenstraße
2. Verkauf eines Baugrundstückes Beethovenstraße
3. Rechtsstreit Stadt Stolberg ./.. Firma Lejeune GmbH
4. Auftragsvergabe zur Wirtschaftlichkeitsprognose des Seniorenwohn- und Sozialzentrums Stolberg
5. Verkauf eines Baugrundstückes Beethovenstraße
6. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

A) Öffentliche Sitzung:

1. Beratung über die Weiterbehandlung von Anträgen:
 - a) Antrag der ABS-Fraktion vom 22.01.2009:
hier: Ansiedlung Freiluft-, Jugend- und Seniorenfitnessparcours, Skaterrampe und Kunstrasenbolzplatz für Senioren im Bereich Hallenbad Glashütter Weiher

RM Engelhardt, FDP, zweifelt die Umsetzbarkeit der beantragten Maßnahmen ohne

Zuschüttung des dort befindlichen Teiches an. Seine Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt mit 8 Ja-Stimmen (SPD, B'90/Grüne) und 7 Stimmenthaltungen (FDP, CDU), den Antrag der ABS-Fraktion vom 22.01.2009 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

- b) Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009;
hier: Überprüfung Parksituation "Im Hirschfeld" mit dem Ziel, weitere Parkplätze zu schaffen

Für die FDP-Fraktion lehnt RM Engelhardt den Antrag mit Hinweis auf die angespannte Finanzlage der Stadt Stolberg ab.

Ratsfrau Nießen, SPD, erinnert an das Alter des Wohnbereiches. Bei Entstehung sei die heute notwendige Möblierung nicht absehbar gewesen. Im Antragsbereich sei ein nicht zu verleugnender Parkdruck vorhanden. Ihre Fraktion unterstütze punktuelle Verbesserungen. Es müsse allerdings gewährleistet sein, dass nachher nicht weniger Parkflächen als heute vorhanden seien.

RM Grüttemeier schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Frau Nießen an. Der Antrag sei bewusst offen gehalten worden, damit die Verwaltung entsprechende Konzepte erarbeiten könne.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt bei 1 Gegenstimme (FDP), den Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2009 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

- c) Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009;
hier: Zukünftige Stadtentwicklung in Wohnvierteln, in denen durch Wegzug vermehrt Senioren zurückbleiben

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

- d) Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009;
hier: Anbringung Treppengeländer Treppenanlage zwischen Katzhecke und Mühlenstraße

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2009 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne vom 16.02.2009;
hier: Ermittlung fördergünstiger Möglichkeiten für dringende energetische Sanierungen an stadteigenen Gebäuden

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.02.2009 zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu verweisen.

2. Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen:

- a) Antrag der FDP-Fraktion vom 09.02.2009;
hier: Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss

Beschluss:

Auf Antrag der FDP-Fraktion empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat einstimmig, anstelle des originären Mitgliedes Peter Steffens nunmehr den bisherigen 2. Stellvertreter, RM Bernhard Engelhardt, als originäres Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss zu bestellen.

- b) Rücktritt von Ausschussmitglied Drobig;
hier: Umbesetzung im Ausländerbeirat

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die Annahme des Rücktritts von Herrn Walter Drobig als originäres Mitglied im Ausländerbeirat. Die Nachfolgebestellung durch Frau Andrea Ohlig erfolgte bereits durch HA/Rat am 03.02.2009.

3. Ergänzung der Satzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich "Am Brändchen";
hier: Aufstellungsbeschluss

Bürgermeister Gatzweiler stellt den Beschluss des ASVU, TOP A) 5, 26.02.2009, welcher den Antrag der FDP-Fraktion zum Inhalt hat, zur Abstimmung:

Beschluss:

Auf einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss dem Rat ebenfalls einstimmig:

1. den Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung (Ergänzung) der Klarstellungssatzung Zweifall gem. § 34 (4) Nr. 3 BauGB im Bereich "Am Brändchen" zu erfassen,
2. die Verwaltung mit der Prüfung des -der Niederschrift über die Sitzung des ASVU vom 26.02.2009 zu TOP A) 5. als Anlage 2 beigefügten- FDP-Antrages zu beauftragen und diesen gegebenenfalls bei der weiteren Bearbeitung mit zu berücksichtigen.

4. Projektgesellschaft Camp Astrid;
hier: Jahresabschlüsse zum 31.12.2007

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, die Unterrichtung der Geschäftsführung über die Jahresabschlüsse zum 31.12.2007

- der Camp Astrid Verwaltungs GmbH und
- der Camp Astrid GmbH & Co. KG

zur Kenntnis zu nehmen.

5. Mittelbereitstellung für die energetische Sanierung der Offenen Ganztagsgrundschule Breinig

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig, die benötigten Finanzmittel in Höhe von 910.000,- € zur Durchführung der energetischen Sanierung der Offenen Ganztagsgrundschule Breinig zur Verfügung zu stellen.

6. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW;
hier: Übernahme des Trägeranteils der Elterninitiative Zauberkiste, Zweifaller Straße

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die am 25.02.2009 getroffene dringliche Entscheidung durch den Bürgermeister, Herrn Gatzweiler, und das Ratsmitglied Willi Engels, Betreff der Übernahme des Trägeranteils der Elterninitiative Zauberkiste, Zweifaller Straße, zu genehmigen.

7. Genehmigung einer dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW;
hier: Fortsetzung des Betriebes einer 4. Gruppe in der Kindertagesstätte der Kath. Kirchengemeinde St. Markus in Stolper-Mausbach

Nach kurzer Diskussion und Erläuterungen durch das Fachamt ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, die am 25.02.2009 getroffene dringliche Entscheidung durch den Bürgermeister, Herrn Gatzweiler, und das Ratsmitglied Willi Engels, Betreff der Fortsetzung des Betriebes einer 4. Gruppe in der Kindertagesstätte der Kath. Kirchengemeinde St. Markus in Stolberg-Mausbach, zu genehmigen.

8. Bereitstellung zusätzl. Haushaltsmittel in Höhe von 20.400,00 € zur Bestreitung der im Jahr 2009 stattfindenden Wahlen bei Produkt 1.12.01.01 "Statistik und Wahlen", Sachkonto 54 311 20 "Sonstige Geschäftsausgaben"

Mit Hinweis auf die angespannte Haushaltslage und die gesetzlich fixierten, niedrigeren Sätze für die Europa- und Bundestagswahl (21,00 € bzw. 16,00 €),

beantragt RM Engelhardt, FDP, die Festsetzung des Erfrischungsgeldes auf jeweils 35,- €. In der sich daran anschließenden Diskussion wertet Bürgermeister Gatzweiler den Verwaltungsvorschlag als den weitestgehenden Vorschlag und lässt sodann darüber abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt bei 1 Gegenstimme (FDP) im Wege der dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW für die im Jahr 2009 stattfindenden Wahlen (Europawahl, Kommunalwahlen und Bundestagswahl) zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 20.400,00 € bei Produkt 1.12.01.01 "Statistik und Wahlen", Sachkonto 54 311 20 "Sonstige Geschäftsausgaben" bereit zu stellen.

Diese Entscheidung ist dem Rat der Stadt in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

9. Bauliche Umgestaltung und Einrichtung einer Koordinationsstelle "Rund ums Alter"

Für die FDP-Fraktion beantragt RM Engelhardt mit Bezug auf die angespannte Haushaltslage der Stadt die Deckelung der Ausgaben auf insgesamt 20.000,- €. Die Umgestaltung der Stelle müsse aus FDP-Sicht mit 20.000,- € zu bewerkstelligen sein.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Grüttemeier bekennt sich zur Gründung der Stelle. Bezogen auf die von der Verwaltung dargestellte Kostensituation unterstütze er allerdings den FDP-Vorschlag zur Ausgabenreduzierung.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Herr Wolf, unterstreicht das Erfordernis zur Einrichtung der Koordinationsstelle als einen wichtigen Schritt für die Stadt und deren Bevölkerung. Er fragt die Verwaltung, ob die Herrichtung eines angemessenen und vernünftigen Arbeitsumfeldes für Mitarbeiter und Besucher mit den reduzierten Ausgabemitteln gewährleistet werden könne.

Die Frage kann von Bürgermeister Gatzweiler nicht abschließend beantwortet werden. Als Kompromiss schlägt er vor, die Mittel für die Einrichtung des Seniorenbüros auf 20.000,- € zu begrenzen. Dieser Vorschlag des Bürgermeisters wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig im Wege der dringlichen Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW, für die Einrichtung einer Koordinationsstelle "Rund ums Alter" Haushaltsmittel in Höhe von 20.000,00 € bereitzustellen.

Diese Entscheidung ist dem Rat der Stadt in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

10. Investitionsantrag der Senioren- und Sozialzentrums GmbH

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Engelhardt geht darauf ein, dass die unter Buchstabe a) zu sanierenden Aufzugsanlagen sowohl von der Heimaufsicht des Kreises als auch vom TÜV abgenommen wurden. Seine Fraktion lehne die Sanierung der Aufzüge daher ab und habe diesbezüglich auch die Heimaufsicht des Kreises Aachen

angeschrieben. Die Antwort stehe aus.

Weiter begründet er die ablehnende Haltung mit der angespannten Haushaltslage der Stadt, den aus FDP-Sicht zu niedrig kalkulierten Reparaturkosten und der ungeklärten Frage zur Sanierungspflicht durch die LEG.

RM Engelhardt beantragt, heute nur über die Buchstaben b) und c) abstimmen zu lassen. Er gibt abschließend zu Protokoll, dass die FDP-Fraktion die Kommunalaufsicht einschalten werde, sofern der Hauptausschuss heute einen Beschluss zu Buchstabe a) fasse.

Für die CDU-Fraktion plädiert RM Grüttemeier ebenfalls für eine Einzelabstimmung, beantragt jedoch die Vertagung der Beschlussfassung zu a). Seine Fraktion stelle den Sanierungsbedarf für die Aufzüge nicht in Abrede, fürchte allerdings auch, dass die Schätzkosten mit 85.000,- € zu knapp berechnet seien. Er geht weiter auf das bestehende Pachtverhältnis und einen Schiedsspruch aus 2001/2 ein. Aus CDU-Sicht falle die Sanierung der Aufzugsanlagen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt. Vor Vergabe müsse der Sachverhalt daher zunächst geklärt werden.

Da vor der nächsten Ratssitzung auch ein Hauptausschuss geschaltet sei, bitte er die Verwaltung um eine neue Vorlage. Diese soll eine dezidierte Kostenaufstellung, die abschließende Prüfung/Klärung der Sanierungspflicht der Aufzugsanlagen durch die Stadt als Pächterin bzw. die LEG als Eigentümerin der Immobilie sowie die Vorlage der TÜV-, LEG- und Heimaufsichtsberichte zum Inhalt haben.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolf erläutert, dass sich seine Fraktion sehr intensiv mit der Aufzugsproblematik beschäftigt habe. Juristisch sei es zutreffend, dass die Stadt nicht Eigentümerin der Immobilie sei. Der heute zu beschließende Maßnahmen-katalog sei vom Geschäftsführer der Einrichtung nach eingehender Prüfung und umfassender Erörterung mit den Bewohnern unterbreitet worden. Er ruft in diesem Zusammenhang in Erinnerung, dass die Bewohner des Seniorenzentrums gerade der Politik gegenüber in allen Gesprächen inständig ihr Unsicherheitsgefühl in Bezug auf die maroden Aufzugsanlagen kundgetan hätten. Der TÜV werde die Anlage nicht stilllegen. Die letzte Bewohnerversammlung im Januar habe jedoch wieder deutlich gemacht, dass der Aufzugs-Sanierung aus Bewohnersicht allerhöchste Priorität zukomme. Eine Nichtinstandsetzung der Anlagen würde bei den Bewohnern auf tiefes Unverständnis stoßen und zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust führen. Seine Fraktion plädiere daher mit Nachdruck auf die heutige Beschlussfassung und lehne die Ablehnung der Sanierung bzw. Vertagung der Angelegenheit ab.

In der sich daran anschließenden Diskussion schlägt Ratsfrau Nießen, SPD, vor, heute über die Sanierung der Aufzugsanlagen Beschluss zu fassen und darüber hinaus den Bürgermeister zu beauftragen, mit der LEG in Verhandlungen zu treten, und rechtlich zu erörtern, wer für die Kosten der Aufzugssanierung aufkommen müsse.

Die Sanierung der Anlagen erfolge aber zunächst zu Lasten der Stadt.

Vor Einstieg in die Beschlussfassung wirbt Bürgermeister Gatzweiler um einen Sanierungsbeschluss und die Einlösung der von der Politik zugesagten Verbesserungen für die persönliche Situation der Seniorenheim-Bewohner. Er verhehle nicht, dass es sich bei einer Investitionssumme von 85.000,- € um viel Geld handle. Die Abwägung des Allgemeinwohls habe aber zur Entscheidung geführt, das Geld zur Sanierung der Anlagen in die Hand zu nehmen.

Sodann lässt Bürgermeister Gatzweiler zunächst über den Antrag der FDP-Fraktion, Ablehnung Sanierung zu Buchstabe a) und Zustimmung der Sanierungen zu b) und c).

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, der Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH die Zustimmung zur Durchführung der notwendigen Instandhaltungs und -setzungsmaßnahmen:

a) keine Grundsanie rung der beiden Aufzugsanlagen

Abstimmungsergebnis: Dafür: 1 Stimme (FDP)
 Dagegen: 14 Stimmen (CDU, SPD, B'90/Grüne)

b) Erneuerung der Teppichböden

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

c) Teile der Bestuhlung im Foyer

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

im Rahmen des beantragten Finanzrahmen [für Buchstabe a) bis c)] von bis zu 142.000,00 € zu erteilen.

Damit ist der Vorschlag der FDP-Fraktion, die Aufzugsanlagen nicht zu sanieren -sh. Buchstabe a)-, abgelehnt.

- - - - -

Sodann lässt der Bürgermeister über den Antrag der CDU-Fraktion, Vertagung der Beschlussfassung zu a) auf die Sitzung des HA am 21.04.09, Erstellung einer neuen Vorlage mit Prüfauftrag zur Aufzugsthematik, abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Vertagung der Zustimmung zur Durchführung der notwendigen Instandhaltungs und -setzungsmaßnahmen im Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH zu

a) Grundsanie rung der beiden Aufzugsanlagen

auf die Sitzung des Hauptausschusses am 21.04.2009. Gleichzeitig wird die Verwaltung mit der Erstellung einer neuen Verwaltungsvorlage -Prüfauftrag wie im Sachverhalt dargelegt- beauftragt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 7 Stimmen (CDU, FDP)
 Dagegen: 8 Stimmen (SPD, B'90/Grüne)

Damit ist der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

- - - - -

Abschließend lässt Herr Bürgermeister Gatzweiler über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu Buchstabe a), erweitert um den Auftrag an den Bürgermeister, mit der LEG in Verhandlung zu treten und rechtlich zu erörtern, wer für die Kosten der Aufzugssanie rung zuständig ist, abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, der Seniorenwohn- und Sozialzentrum Betriebsführungs GmbH die Zustimmung zur Durchführung der notwendigen Instandhaltungs und -setzungsmaßnahmen zu Buchstabe

a) Grundsanierung der beiden Aufzugsanlagen

im Rahmen des beantragten Finanzrahmens [für Buchstabe a) bis c)] von bis zu 142.000,00 € zu erteilen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister beauftragt, mit der LEG in Verhandlung zu treten und rechtlich zu erörtern, wer für die Kosten der Aufzugssanierung zuständig ist.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 14 Stimmen (CDU, SPD, B'90/Grüne)
 Dagegen: 1 Stimme (FDP)

11. Änderung des Stellenplanes 2009: Stellenneueinrichtungen im Bereich der Kindertagesstätten;

hier: Dringliche Entscheidung gem. § 60 I 1 GO NRW

Nach eingehender Diskussion des Sachverhalts wird auf Bitte von RM Engelhardt, FDP, die Feststellung des Bürgermeisters, wonach der Grundsatzbeschluss über die 28 Einstellungen nach KiBiz bereits durch frühere Sitzungen des Hauptausschusses beschlossen wurde, in der Niederschrift festgehalten.

Beschluss:

Gemäß § 60 Abs. 1, Satz 1 GO NRW beschließt der Hauptausschuss mit 8 Ja-Stimmen (SPD, B'90/Grüne) und 7 Nein-Stimmen (CDU, FDP) wie folgt:

1. Zum Stellenplan 2009 werden im Amt für Kinder, Jugendliche, Familie Soziales und Wohnen, Bereich Kindertagesstätten, die nachfolgenden Stellenneueinrichtungen beschlossen:

8 Planstellen mit 19,5 Wochenstd. für Erzieherinnen der Entgeltgr. E 8

1 Planstelle mit 25 Wochenstd. für Erzieherinnen der Entgeltgr. E 8

1 Planstelle mit 26 Wochenstd. für Erzieherinnen der Entgeltgr. E 8

1 Planstelle mit 30 Wochenstd. für Erzieherinnen der Entgeltgr. E 8

1 Planstelle mit 39 Wochenstd. für Erzieherinnen der Entgeltgr. E 8

2 Planstellen mit 19,5 Wochenstd. für Kinderpfleger. d. Entgeltgr. E 5

1 Planstelle mit 24 Wochenstd. für Kinderpfleger. d. Entgeltgr. E 5

1 Planstelle mit 39 Wochenstd. für Kinderpfleger. d. Entgeltgr. E 5

1 Planstelle mit 39 Wochenstd. Logopädie der Entgeltgruppe E 8

1 Planstelle mit 39 Wochenstd. Physiotherapie der Entgeltgruppe E 8

5 Planstellen mit 10 Wochenstd. für Küchenhilfen der Entgeltgruppe E 2

2. Der Sperrvermerk für die bereits durch den Rat in seiner Sitzung am 03.02.2009 neu eingerichteten 5 Planstellen für Erzieherinnen wird aufgehoben.

3. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden bereitgestellt.

Diese dringliche Entscheidung ist dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

12. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

12.1 RM Grüttemeier, CDU, fordert von der Verwaltung eine Aufstellung, aus der die Anzahl der befristeten Arbeitsverträge, die Dauer der Verträge, die Anzahl der Vertragsverlängerungen und der Einsatzort der Mitarbeiter hervorgeht.
Herr Bürgermeister Gatzweiler sichert die Beantwortung zu.

12.2 Ratsmitglied Grüttemeier, CDU, kommt auf die Beantwortung seiner Anfrage in der Niederschrift des Rates vom 03.02.2009 [TOP A) 19.2 => Stellungnahme FB 2, Herrn Braun - Aussage zum Testat in Sachen Abwassergebühren] zurück.
Er geht erneut auf die sehr weit gefasste Haftungseinschränkung der Gesellschaft ein. Die diesbezügliche Antwort des Fachbereichsleiters in der Ratsniederschrift, dass es sich hierbei um eine "durchaus übliche Formulierung" handele, akzeptiere er nicht. Vielmehr bitte er die Verwaltung nochmals um Prüfung und Beantwortung der Frage, warum eine so weitgehende Einschränkung formuliert wurde.
Herr Bürgermeister Gatzweiler sichert die Beantwortung zu.

12.3 Ratsfrau Wahlen, CDU, erkundigt sich, weshalb Spielgeräte auf dem Spielplatz im Marie-Jucharcz-Park abgesperrt, eine Hecke entfernt und ein Baum gefällt wurde. Gleichzeitig bitte sie um Mitteilung, wann die Spielgeräte repariert und die Zaunanlage verlängert werde.
Herr Bürgermeister Gatzweiler bedankt sich für den Hinweis und sichert die Beantwortung zu.

Nachträgliche Beantwortung durch das TBA:

"Vom Technischen Betriebsamt wurde auf dem Spielplatz Bepflanzung entfernt, die stark von Brombeeren durchsetzt war. Brombeeren sind wegen der Dornen auf Spielplätzen nicht zulässig. Eine selektive Entfernung der Brombeeren war wegen des starken Wurzelwachstums nicht möglich.

Auf Grund von Pilzbefall musste ein kleiner Baum auf dem Gelände beseitigt werden.

Das Spielgerät mit dem Fallschutz wird umgehend fertiggestellt, sobald die Fläche wieder befahrbar ist.

Witterungsbedingt mussten die Arbeiten eingestellt werden und können erst nach einigen Tagen Trockenwetter wieder aufgenommen werden.

Eine Zaunanlage ist derzeit nicht geplant."

B) Nichtöffentliche Sitzung

...

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Bürgermeister Gatzweiler die Sitzung des Hauptausschusses um 18.30 Uhr.

Ferdi Gatzweiler
Bürgermeister

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Die Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:
Anlage 1) Anwesenheitsliste